Geschrieben von: Lorenz
Mittwoch, den 02. Oktober 2019 um 00:18 Uhr

Weiterhin stecken öffentliche Gelder in deutschen Atomprojekten

Antikernkraft-Initiative: Stadtwerke Bielefeld sind noch immer am AKW Grohnde beteiligt

Dienstag 1. Oktober 2019 - **Hamburg** / **Emmerthal (wbn). Die Beteiligungen an Atomkraftwerken nicht nur im Ausland beenden – dazu fordert der Sprecher der Anti-Atom-Organisation „.ausgestrahlt“, Jochen Stay auf.**

Stay erinnert: „Bundesländer und Kommunen verdienen noch immer am Geschäft mit den Atomgefahren im Inland“.

Fortsetzung von Seite 1

Zum Abschied des Bundes von Atombeteiligungen im Ausland erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Das wurde aber auch Zeit. Doch weiterhin stecken öffentliche Gelder in deutschen Atomprojekten.

Der Betreiber der noch laufenden AKW in Neckarwestheim und Philippsburg, EnBW, gehört dem grün regierten Land Baden-Württemberg und einigen oberschwäbischen Landkreisen. Etliche Kommunen halten Anteile an RWE. Das Unternehmen betreibt die Atomkraftwerke in Gundremmingen und Lingen. Die kommunalen Stadtwerke München sind am AKW Isar beteiligt, die Stadtwerke Bielefeld am AKW Grohnde. Ob auch der Bund Anteile an deutschen AKW-Betreibern hält, ist nicht bekannt. Es reicht nicht, wenn sich der Staat aus den Geschäften mit der Atomgefahr im Ausland zurückzieht.

Gleiches muss im Inland passieren.“Zum Abschied des Bundes von Atombeteiligungen im Ausland erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Das wurde aber auch Zeit. Doch weiterhin stecken öffentliche Gelder in deutschen Atomprojekten. Der Betreiber der noch laufenden AKW in Neckarwestheim und Philippsburg, EnBW, gehört dem grün regierten Land Baden-Württemberg und einigen oberschwäbischen Landkreisen. Etliche

Kommunen halten Anteile an RWE. Das Unternehmen betreibt die Atomkraftwerke in Gundremmingen und Lingen.

Die kommunalen Stadtwerke München sind am AKW Isar beteiligt, die Stadtwerke Bielefeld am AKW Grohnde. Ob auch der Bund Anteile an deutschen AKW-Betreibern hält, ist nicht bekannt. Es reicht nicht, wenn sich der Staat aus den Geschäften mit der Atomgefahr im Ausland zurückzieht. Gleiches muss im Inland passieren.“